

Hans-Ulrich Klose

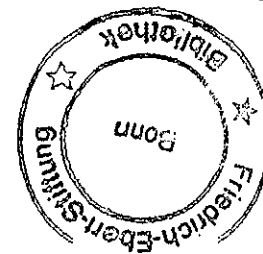
**Praktische Menschenrechtspolitik —
Ziele und Probleme**

Hans-Ulrich Klose, MdB

**Praktische Menschenrechtspolitik -
Ziele und Probleme**

Vortrag vor dem Gesprächskreis Politik und Wissenschaft
des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung in
Bonn am 26. November 1986

A 96 - 03233



Wir haben Herrn Hans-Ulrich Klose, MdB, sehr für sein Einverständnis zu danken, sein Referat zum Thema

**Praktische Menschenrechtspolitik -
Ziele und Probleme**

das er vor unserem Gesprächskreis Politik und Wissenschaft gehalten hat, in dieser Form zu nutzen. Die Veranstaltung, unter der Gesprächsleitung von Herrn Günter Verheugen, MdB, fand am 26.11.1986 in Bonn statt.

Gerhard Stümpfig
Leiter des Forschungsinstituts

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Forschungsinstitut -
Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2
1986

Praktische Menschenrechtspolitik - Ziele und Probleme

Dies wird eine sehr persönliche Rede. Sie beschäftigt sich mit der Wahrheit, der Schwierigkeit, die Wahrheit herauszufinden und zu sagen.

Dem entspricht die Gliederung, die weniger den Regeln der Logik als vielmehr den Wegzeichen der eigenen Erfahrung folgt.

Ich werde über die Instrumentalisierung der Menschenrechtsdebatte, über die Entspannungspolitik, über Nicaragua und den Streit um Osttimor sprechen.

1.

Beginnen möchte ich mit einer Danksagung. Ich danke den vielen privaten Menschenrechtsorganisationen, den kleinen Gruppen, die sich über Jahre hinweg um zwei, drei politische Gefangene kümmern, die mit großer Hartnäckigkeit von fremden Regierungen Auskunft erbitten, Rechte einfordern stellvertretend für jene, die nicht fordern können; die die eigene Regierung und uns, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages drängen, etwas zu tun; zum Beispiel

- für den seit 15 Jahren gefangen gehaltenen Fawzi Rida in Syrien;
- für den 1963 in Brunei verhafteten Tinggal Bin Muhammad;
- für den inzwischen freigelassenen Koigi Wa Wamwere in Kenia.

Ich habe große Bewunderung für diese Menschen. Sie arbeiten in der Stille; die Öffentlichkeit nimmt kaum Notiz von dieser Arbeit; sie bringt keinen Gewinn.

Aber sie hilft, und zwar in doppelter Weise: Zum einen gibt sie den betreuten Gefangenen ein gewisses - wenn auch geringes - Maß an Schutz und Hoffnung; bisweilen gelingt es sogar, einen Gefangenen aus dem Kerker zu befreien. Zum anderen setzt die Arbeit dieser Gruppen Maßstäbe für Beharrlichkeit und Mut gegenüber der großen Versuchung der Resignation. Den 57. Brief schreiben, nachdem der 56. wiederum unbeantwortet geblieben ist, nach immer neuen Möglichkeiten des Kontaktes suchen, andere zur Mithilfe motivieren - dazu gehört viel Kraft.

Ich nenne amnesty international und die vielen amnesty-Gruppen in aller Welt. Sie stehen beispielhaft für andere. Ihnen allen ist von Herzen zu danken. Wenn sich - wie gesagt wird - die Lage der Menschenrechte in der Welt wirklich gebessert haben sollte, dann ist das ganz wesentlich auch ihr Verdienst.

2.

Hat sich die Menschenrechtslage wirklich gebessert? Sehen wir uns um in der Welt.

Sehen wir nach Lateinamerika: Die Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Argentinien und Uruguay ist ganz sicher ein Fortschritt; denn in beiden Ländern ist zu Zeiten der Diktatur brutal gefoltert und gemordet worden. In Argentinien wahllos und in großen Zahlen; in Uruguay systematisch, beinahe wissenschaftlich: den Folterern, nicht den Gefolterten stand ärztlicher Beistand immer zur Verfügung.

Zu den positiven Beispielen in Lateinamerika werden hierzulande bisweilen auch El Salvador und Guatemala gezählt. Beide Länder - heißt es - seien demokratisch oder doch auf dem Wege zur Demokratie. Die Nachrichten, die uns beinahe täglich aus diesen Ländern erreichen, bestätigen diese optimistische Sicht nicht. In Guatemala scheint sich der würgende Zugriff der Militärs vor allem auf die ländliche Bevölkerung eher noch verstärkt zu haben. Und auch aus El Salvador erreichen uns immer wieder neue Berichte über Willkürmaßnahmen: der letzte - ein Bericht über die Festnahme von sieben Männern aus dem Dorf San José de las Flores im Departamento de Chalatenango, verhaftet von der Policía de Hacienda nach Auswertung von Tonbändern und Filmen, die einem deutschen Journalisten nach einem Besuch in dem Dorf abgenommen wurden; zur Identifizierung der auf den Tonbändern festgehaltenen Stimmen hatte man - altes Rezept - Kinder mißbraucht.

Auf der Negativseite ist zuerst Chile zu nennen, wo es keine Verbesserungen gegeben hat; dann Peru und Kolumbien. Auch Brasilien muß erwähnt werden, wo sich im "Wilden Westen" gegenwärtig Ähnliches vollzieht wie in früheren Jahrhunderten in Nordamerika. Über Nicaragua werde ich noch gesondert berichten.

Sehen wir nach Afrika: Es fällt schwer, ein Land zu finden, in dem die Menschenrechte respektiert werden. Côte d'Ivoire, nach allem was wir wissen; bei Tansania bin ich

nicht ganz sicher. In allen anderen Ländern werden die Menschenrechte mehr oder weniger brutal und regelmäßig verletzt, auch in solchen, die der Bundesregierung am Herzen liegen: Togo zum Beispiel oder Zaire. In Simbabwe wurde amnesty international in diesem Jahr zum Staatsfeind erklärt.

Entsetzliches wird beinahe täglich aus Südafrika berichtet. Dort ist der menschenrechtswidrige Rassismus, ist das Unrecht zum System geworden. Hier werden täglich Menschen umgebracht, fast immer Schwarze von schwarzen oder weißen Polizisten. Das Blutbad findet schon statt und ein noch größeres bereitet sich vor: eine Schreckensvision.

Über ein anderes Beispiel des Schreckens wird wenig berichtet: Über den Ausrottungskrieg Äthiopiens gegen das Volk von Erythräa. Was dort stattfindet, grenzt an Völkermord. Die Machthaber in Addis Abeba wollen das Land, nicht die Leute. Sie handeln entsprechend, ohne daß die Welt - auch die freie Welt - davon sonderlich viel Notiz nähme.

Ähnlich das Bild in Asien. Allerdings hat es hier auf den Philippinen eine Verbesserung gegeben. Das Land hat sich von der Diktatur der Familie Marcos befreit. Die Gefängnistore haben sich für eine große Zahl von Menschen geöffnet. Die Präsidentin - so scheint es - gibt sich Mühe, das Land auf den Weg der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zurückzuführen. Leider mehren sich in jüngster Zeit Berichte über wachsende Spannungen, über neue Gewalttätigkeiten, Morde und über Putsch-Pläne. Dazu passen Berichte - auch in deutschen Zeitungen -, die der Präsidentin eine allzu lasche Haltung gegenüber der kommunistischen Guerilla vorwerfen und ihre persönliche Rechtfertigung in Frage stellen.

Verschlimmert hat sich die Lage in Sri Lanka, aber auch in Indonesien - von dort sind in letzter Zeit Berichte über Hinrichtungen zu uns gedrungen, die ihren Ursprung in den lange zurückliegenden Jahren des sogenannten Kommunistenaufstandes haben, gedacht offenbar als Warnung an alle "Unzufriedenen", ob sie nun fundamentalistisch rechts oder links einzuordnen sind. Auf die besondere Situation von Osttimor komme ich noch zurück.

Im Iran geht das Morden im Namen Gottes unvermindert weiter. In Afghanistan ist die Lage nicht besser, sondern - folgt man den Berichten des UN-Sonderberichterstatters Ermacora - eher schlechter geworden: 5 Millionen Afghanen hätten das Land verlassen; 10.000 bis 12.000 Zivilopfer seien für das vergangene Jahr zu beklagen. Ermacora berichtet, daß in Afghanistan "die Menschenrechte weiterhin durch die Brutalität der Militäroperationen" verletzt werden und daß Folter "üblich" sei.

Die Türkei muß erwähnt werden, ein Nato-Land: auch dort ist Folter üblich. Das ist nur ein grober Überblick. Er reicht aus, um allzu optimistische Wertungen, daß sich die Menschenrechtsslage weltweit gebessert habe, anzuzweifeln. Mit Fakten und Zahlen läßt sich eine solche optimistische Wertung jedenfalls nicht belegen. Allenfalls mit der Zahl von Worten.

3.

Es wird wieder mehr geredet über Menschenrechte. Auch Regierungen reden häufiger darüber. Und manche Kommentare folgern daraus, daß es heute weltweit bei den Regierungen eine größere Sensibilität für Menschenrechtsfragen gebe.

Ich will das nicht miesmachen und -reden. Worte sind wichtig, Worte können den Weg in eine bessere Zukunft weisen, aber Worte allein genügen nicht.

Zugegeben: Wenn die Sowjetunion und ihre Partner - nicht alle - sich im Gefolge des Helsinki-Prozesses auf eine Diskussion über Menschenrechtsfragen einlassen, dann ist das allein schon eine gewichtige Neuerung, ein Fortschritt; denn zuvor gab es diesen Dialog nicht, blieben Anfragen in Menschenrechtsangelegenheiten ohne Antwort. Heute wird - wenn die Stilfrage beachtet, wenn der "Vorführeffekt" ausbleibt - geantwortet, ist die Reaktion für die Betroffenen positiv, zumindest in Einzelfällen. Das ist - ich wiederhole es - ein Fortschritt, den niemand gering achten sollte. Dennoch muß doch auch festgehalten werden, daß heute fast alle Mitglieder von Helsinki-Gruppen, die in der Sowjetunion auf der Basis der Helsinki-Akte für die Menschenrechte gearbeitet haben, in Haft oder im Exil sind. Am Rande der Wiener KSZE-Folgekonferenz ist darauf - wie ich finde zu Recht - mit Nachdruck hingewiesen worden.

Im übrigen zeigt sich in der internationalen Diskussion immer stärker eine verhängnisvolle Tendenz zur Instrumentalisierung der Menschenrechtsdebatte. Das gilt im Ost-West-Verhältnis für beide Seiten.

Sprechen wir zunächst über die Vereinigten Staaten von Amerika. Für den gegenwärtigen US-Präsidenten sind die Sandinistas in Nicaragua, die sich Sozialisten nennen, Schurken, die die Menschenrechte verletzen und das Volk von Nicaragua unterdrücken. Dagegen sind die mit US-Unterstützung kämpfenden Contras Freiheitskämpfer, und das, obwohl den Contras auch von amerikanischen Menschenrechtsorganisationen, ja sogar von einem Unterausschuß im amerikanischen Kongreß bescheinigt wurde/wird, daß sie nicht nur das internationale Kriegsrecht, sondern auch die Menschenrechte massiv verletzen. Das hindert den amerikanischen Präsidenten nicht, von sich selbst zu sagen: "Ich bin ein Contra" und von den Contras als von "unseren Brüdern" zu sprechen. Und Außenminister Schulz

kommentiert: "Es ist unsere moralische Pflicht, Menschen zu helfen, die sich bemühen, ihr Land in die Freiheit zu führen."

Daß diese Beschreibung mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, scheint die US-Administration ebensowenig zu berühren, wie die andere Frage, warum sie - wenn es doch um Menschenrechte geht - so viele Jahre das Regime des Diktators Somoza nicht nur geduldet, sondern sogar unterstützt hat; warum sie heute zum Beispiel in Chile einem Regime hilft, von dem man viel behaupten kann, nur nicht, daß es die Menschenrechte achtet. Dabei ist die Antwort - Ehrlichkeit unterstellt - so einfach: US-Regierungen neigen dazu, sich überall in der Welt mit solchen Regierungen zu verbünden, die die ökonomischen und globalstrategischen Interessen der USA respektieren und unterstützen; am liebsten mit denen, die sich stramm antikommunistisch geben. Will sagen: Die Frage der Menschenrechte ist der Regierung in Washington nicht gleichgültig, aber sie wird genutzt/verbogen/mißbraucht, um andere "höherrangige" Ziele besser verfolgen zu können. Menschenrechtsfragen als Rechtfertigung für Machtpolitik - auf diese Formel läßt sich der Mißbrauch reduzieren. Die Begründung von US-Präsident Reagan für die zunächst geheimen Kontakte zu dem Khomeini-Regime im Iran sind ein aktueller Beleg für diese Art von Menschenrechts- und Machtpolitik.

Zugunsten der USA muß allerdings gesagt werden, daß es sowohl in der amerikanischen Politik wie auch in der amerikanischen Bevölkerung immer auch andere Stimmen gegeben hat: Menschenrechtsorganisationen wie zum Beispiel America's Watch oder das Lawyers Committee, Politiker wie Ted Kennedy oder Tip O'Neill, die sich nicht scheuen, auch ihrem Präsidenten öffentlich zu widersprechen. Amerika ist eine plurale, keine geschlossene Gesellschaft.

Es ist wichtig, diesen Punkt im Kopf zu behalten, weil sich genau an diesem Punkt die Realitäten in den USA und von denen in der Sowjetunion unterscheiden.

Für die sowjetische Führung ist die Außendarstellung verblüffend einfach. "Es gibt keine Zensur, es gibt keine Diskriminierung aus politischen Gründen, es gibt in der Sowjetunion keine politischen Gefangenen, es gibt keinen einzigen Fall, in dem irgend jemand wegen seines religiösen Glaubens verfolgt oder festgenommen wurde", - so der erste stellvertretende Justizminister Iwan Samotschenkow 1984 vor dem UN-Menschenrechtsausschuß. Dagegen werden die westlichen Länder - wenn man so will: mit erhobenem Zeigefinger - immer wieder aufgefordert, die Entschlüsse der UNO zur Entkolonialisierung und zu Südafrika zu befolgen. Die UdSSR und ihre Verbündeten, welche die Bürgerrechte "voll und konsequent" garantieren, hätten diese UN-Resolutionen immer aktiv unterstützt.

Das ist die sowjetische Linie. Widerspruch ist in der Sowjetunion nicht erlaubt, findet nicht statt oder wird unterdrückt. Menschenrechte werden eingefordert für andere Länder, wenn es ins Bild paßt.

Mag sein, daß die UdSSR - ihrem Menschenrechtsverständnis folgend - sich um die Realisierung kollektiver Menschenrechte (Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung) im eigenen Land bemüht. Daß sie aber immer auch "voll und konsequent" für die individuellen Menschenrechte eintritt - diese Behauptung geht (milde formuliert) an der Wahrheit vorbei.

Im übrigen sollte darauf verwiesen werden, daß die Führung der Sowjetunion auch auf internationaler Ebene nicht eben wählerisch ist. Ohne nochmals auf Afghanistan einzugehen, wo der Widerspruch zwischen Propaganda und Realität offen zutage tritt, muß doch auch an andere Sünden-

fälle erinnert werden: zum Beispiel an die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den argentinischen Militärs und der sowjetischen Führung zur Zeit der argentinischen Diktatur. Die Sowjetunion brauchte das argentinische Getreide - was zählen da Menschenrechte.

Auch für die Sowjetunion gilt also, das taktische, strategische, machtpolitische Fragen Vorrang haben vor allen Erwägungen zum Thema Menschenrechte. Über Menschenrechte wird geredet/nicht geredet, je nachdem, ob es ins Konzept paßt oder nicht.

Die Beschreibung dieser Problematik wäre unvollständig ohne Verweis auf die innere Diskussionslage in der Bundesrepublik Deutschland. Auch hier erkennen wir das gleiche Schema.

Während die Koalitionsparteien, insbesondere die CDU/CSU, der SPD vorwerfen, sie sei unkritisch gegenüber den Sandinistas in Nicaragua und lau bei Menschenrechtsverletzungen in den Ostblockländern, kontern Sozialdemokraten mit dem Hinweis auf Menschenrechtsverletzungen in Paraguay, Guatemala und Südafrika, wo die Menschenrechtsverletzungen von der CDU/CSU und von der Bundesregierung übersehen, verniedlicht oder geleugnet werden. Das Grundproblem liegt auch hier darin, daß die Frage der Menschenrechte parteipolitisch instrumentalisiert wird. Nicht die Menschenrechte stehen im Vordergrund, sondern die Frage des (angeblich) einseitigen Einsatzes für die Menschenrechte (wobei jeder Politiker - auch ich - immer geneigt ist, die Fehler der anderen Seite größer, die der eigenen Freunde kleiner zu sehen).

4.

Es lohnt sich, spezifisch deutsche Probleme bei der Diskussion über Menschenrechte tiefer auszuleuchten. Dazu muß zuerst über Entspannungspolitik gesprochen werden.

Sie ist von Sozialdemokraten Ende der 60er Jahre entwickelt und von der sozialliberalen Bundesregierung umgesetzt worden.

Sozialdemokratische Entspannungspolitik - so wie Willy Brandt und Egon Bahr sie verstanden und verstehen - verzichtet nicht auf Rechtspositionen, sondern auf Illusionen. Sie nimmt die Realitäten zur Kenntnis und sucht - von diesen Realitäten ausgehend - Wege der vereinbarten Zusammenarbeit. Dazu gehört die Entideologisierung der Außenpolitik. An die Stelle der gescheiterten Politik der Stärke und der ideologischen Überlegenheit tritt - so Thomas Meyer in einem lesenswerten Aufsatz "Unsere Entspannungspolitik könnte glaubwürdiger sein"¹⁾ - "eine pragmatische Haltung der Bezugnahme auf bestehende Realitäten und Interessen als Ausgangspunkt für die tatsächlich möglichen Veränderungen"; sie allein ist geeignet, das "unter den gegebenen Bedingungen mögliche Maß an Erhaltung und Entwicklung der Beziehungen zwischen den Teilen der deutschen Nation und des Abbaus der menschenrechtsbedrohenden Konfrontation zwischen den atomar gerüsteten Blöcken" zu erreichen.

Im Osten entsprach dieser pragmatischen Wendung der Politik die Hinwendung zur Politik der friedlichen Koexistenz, die Thomas Meyer eine "prinzipielle Entscheidung von Realisten" nennt. Über die großen und praktischen Erfolge der neuen Friedens- und Entspannungspolitik soll hier nicht gesprochen werden. Hier, beim Thema Menschenrechte, geht es um eine - wenn man so will - "Nebenwirkung" der neuen Politik, eine Problematik, die Thomas Meyer so beschreibt: "Während die marxistisch-leninistische Konzeption der friedlichen Koexistenz niemals Zweifel darüber aufkommen ließ, daß die friedliche Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die ideologische Auseinandersetzung zwischen ihnen nicht dispensieren darf, sondern vielmehr zur notwendigen Voraussetzung hat, ist in der Bundesre-

publik die Entwicklung einer dem entsprechenden zweipoligen Konzeption bis heute nicht in überzeugender Weise gelungen. In der öffentlichen Debatte hat sich statt dessen ein fatales Auseinanderfallen beider Pole eingeschpielt, das der Entspannungspolitik letztlich schadet. Die offiziellen Repräsentanten der Entspannungspolitik haben sich - als Lehre aus der fruchtlosen Phase der Überideologisierung - aus den ideologischen Auseinandersetzungen weitgehend zurückgezogen, während rechte Entspannungsgegner dieses Feld lautstark besetzen. Sie prangern unentwegt Menschenrechtsverletzungen in den Staaten Osteuropas an, um die Entspannungspolitik zu widerlegen und jene als heimliche Parteigänger des Ostens erscheinen zu lassen, die sie trotz alledem betreiben".

Der Konflikt ist - wie mir scheint - präzise beschrieben. Das gilt auch für die von Thomas Meyer vertretene These, daß die sozialdemokratische Darstellung von Entspannungspolitik - öffentliche Friedenspolitik und nicht öffentliche Menschenrechtspolitik - Zweifel an der politisch gewollten Kombination von Friedens- und Menschenrechtspolitik befördert hat.

Natürlich weiß jeder, der mit Ostblockländern über Fragen der Menschenrechte und humanitäre Fragen redet, daß lautstarke Aktionen den Menschen, um die es geht, nicht nutzen, sondern schaden. Konkrete Hilfe - so Willy Brandt im Jahre 1978 - ist "wichtiger als aller Verbalismus". Sehr richtig. Andere, auch Christdemokraten, haben sich ähnlich geäußert. Zum Beispiel: Alois Mertes, bis zu seinem Tode Staatsminister im Auswärtigen Amt, der im Jahre 1983 in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg erklärte: "Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß auch in der Frage, ob öffentliche Erklärungen zu Menschenrechtsverletzungen als Instrument moralischen Drucks eingesetzt werden sollten, ein differenziertes Vorgehen ratsam ist. Wie die Erfahrung zeigt, können Appelle aus der Öffentlichkeit kontraproduzent wirken und

dadurch in den Anklagezustand versetzte Regierungen zu einer härteren Haltung veranlassen".

In einem Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 01.03.85 zu einem konkreten Fall liest sich das so: "Mit einer Ausreisegenehmigung der polnischen Behörden dürfte allerdings erst dann zu rechnen sein, wenn der insbesondere durch Flugblattaktionen eines Jugendverbandes bekannt gewordene Fall bei uns nicht mehr in der Öffentlichkeit diskutiert wird".

Die "Einsicht", die sich in diesem Schreiben ausdrückt, muß nicht weiter kommentiert werden. Sie steht für sich. Dennoch bleibt auch richtig, daß die Zurückhaltung in der Methode immer wieder - zumeist wahrheitswidrig und polemisch - mißdeutet worden ist als Nachgiebigkeit in der Sache. Anders formuliert: die Art und Weise, wie Entspannungspolitik von Sozialdemokraten praktiziert und von anderen (bewußt?) mißverstanden worden ist, hat zu ihrer Diffamierung beigetragen.

Thomas Meyer nennt vier Defizite:

- "- Bei den Menschenrechtsgruppen und demokratischen Reformern in Osteuropa ist weithin der Eindruck entstanden, ihr Kampf um Menschenrechte und Demokratie erscheine uns als lästiger Faktor der Instabilität und nicht als Teil gemeinsamer Bemühungen um die selben universellen Menschheitswerte.
- In Teilen der Friedensbewegung, vor allem bei den Jüngeren, setzen sich Illusionen über das Wesen der Sowjetgesellschaft und die Motive ihrer Repräsentanten durch, weil der Mangel gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen die Übertragung positiver Einschätzungen der sowjetischen Friedenspolitik auf das zugrundeliegende Gesellschaftssystem erleichtert.

- Gegenüber Gesprächs- und Verhandlungspartnern im Osten entsteht eine eigentümliche Defensivposition, als wagten wir kaum noch die Vorzüge des eigenen politischen Systems offensiv zu vertreten.
- Schließlich wird durch den gesellschaftspolitischen Quietismus unserer Entspannungspolitik das Geschäft derer erleichtert, die die Kritik an Menschenrechtsverletzungen im Osten monopolisieren möchten, um gleichzeitig der Entspannungspolitik und der Gesellschaftspolitik des demokratischen Sozialismus zu schaden".

Ich glaube nicht, daß Thomas Meyer übertreibt. Wer in die politische Szene hineinhört, im Westen, im Osten und - besonders aufschlußreich - an deutschen Stammtischen (die nicht erst seit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl an Bedeutung gewonnen haben), der weiß, daß hier durchaus aktuelle Analyse betrieben wird.

Es ist nicht ganz leicht, Konsequenzen aus dieser Analyse zu ziehen. Sie ist aber unausweichlich, wenn - wie von der SPD angestrebt - die Entspannungspolitik nicht nur gerettet, sondern in einer zweiten Phase ausgedehnt werden soll. Dabei muß man sehen, daß es sowohl im Westen wie auch im Osten starke Vorbehalte gegen die Entspannungspolitik gibt.

In den USA wird - heute lauter denn je - die Meinung vertreten, daß die Sowjetunion die Zeit der Entspannungspolitik vor allem dazu mißbraucht habe, um im eigenen Land aufzurüsten und ihren Einflußbereich weltweit weiter auszudehnen.

Im Osten dagegen besteht die immer wieder deutlich zu spürende Angst, daß die Einforderung von Demokratie und Menschenrechten, daß die Ausweitung von Kontakten und

Kommunikationen zu einer Destabilisierung des Systems führen können. Polen - so hört man im Osten - sei eine Folge des Helsinki-Prozesses.

Die einzig realistische Möglichkeit, diesen Konflikt zu überbrücken, sehe ich darin, die beiderseitigen Interessen an einer dauerhaften Friedenssicherung und an friedlicher Zusammenarbeit auf möglichst vielen Gebieten zu kombinieren mit einem ständigen vereinbarten Dialog oder Wettstreit über Fragen der politischen Ordnung und der Menschenrechte. Dieser Vorschlag entspricht der politischen Praxis des Helsinki-Prozesses; und er trifft sich mit östlichen Vorstellungen.

Kurt Hager, ZK-Sekretär für Kultur und Wissenschaft, Mitglied des Politbüros der SED hat²⁾ darüber vor kurzem eine bemerkenswerte Rede gehalten. Es ging dabei um die Frage, ob durch die Politik des Dialogs, der Vernunft und des Realismus in der Außenpolitik, durch das Eintreten für die friedliche Koexistenz nicht der Klassenkampf preisgegeben und außer Kraft gesetzt werde. Dazu Hager: "Wenn wir von der Notwendigkeit eines neuen Heran-
gehens an die internationalen Beziehungen, eines neuen Denkens sprechen, so heißt dies, daß die einzig mögliche Perspektive die friedliche Koexistenz der Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung ist."

Hager weiter: Die friedliche Koexistenz ändere nichts an dem Unterschied der Gesellschaftsordnungen, ihrer verschiedenartigen Wirtschaftsstruktur, Staatsform und Ideologie. Sie schalte jedoch den Krieg als Mittel der Politik aus und ermögliche den normalen, friedlichen Wettstreit auf wirtschaftlichem und geistig-kulturellem Gebiet. Ideologische Gegensätze über Weltanschauungen und Gesellschaftskonzeptionen blieben bestehen, denn sie seien das Ergebnis der Gegensätze von Gesellschaftssystemen und Klassen. Kompromisse seien hier weder möglich noch erforderlich. Aber - so Hager weiter - ideolo-

gische Gegensätze dürften nicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen übertragen werden. Aus ideologischen Gegensätzen dürfe keine Friedensgefährdung erwachsen.

Hager beantwortet die Ausgangsfrage wie folgt: Die Gestaltung friedlicher zwischenstaatlicher Beziehungen sei die Voraussetzung und Grundbedingung zur weiteren Entfaltung des Wettstreits beider Systeme, wobei beide Seiten gleiche Chancen hätten, ihre Antworten auf die Herausforderungen zu entwickeln, die am Ende unseres Jahrhunderts vor der Menschheit stünden.

Worauf ich mit meinem Vorschlag für einen vereinbarten Wettstreit hinaus will, ist folgendes: Wir sollten die Sowjetunion und ihre Partner bei ihrem Wort von der friedlichen Koexistenz nehmen und offen erklären, daß auch wir uns an diesen Prinzipien orientieren. Der Dialog über Menschenrechte und Demokratie würde auf diese Weise integraler Bestandteil der vereinbarten Zusammenarbeit und nicht ein die Entspannung im Grundsatz gefährdender Störfaktor.

Mir ist klar, daß damit die vielen politischen Probleme nicht einfach verschwinden. Die Gereiztheit, die sich auf östlicher Seite bei jeder Kritik an deren inneren Verhältnissen einstellt, würde nicht geringer; dazu ist der Legitimationsdruck aus der eigenen Bevölkerung zu groß. Darin liegt aber zugleich die Chance. Wenn die Sowjetunion die friedliche Koexistenz als Rechtfertigungsformel nach innen nutzt, sollten wir uns darauf für die praktische Politik berufen.

Wir sollten also, um die von Thomas Meyer skizzierten Defizite abzubauen, nicht nur bei uns, im Bundestag und anderswo, sondern auch im Dialog mit der Sowjetunion erklären, daß für uns Frieden und Menschenrechte zusammengehören. Die "Priorität des Überlebens der Menschheit als Ganzes" - so Kurt Hager -, hebe die objektiv

bestehenden Klassengegensätze und Interessen, aber auch die Unterschiede und Widersprüche zwischen den verschiedenen am Frieden interessierten sozialen Schichten, Gruppierungen und Bewegungen und zwischen verschiedenen Staatengruppen nicht auf. Aus unserer Sicht bedeutet dieser Satz: Die Priorität des Überlebens der Menschheit als Ganzes kann unseren Willen, für Demokratie und Menschenrechte einzutreten, nicht aufheben und schwächen. Friedensfähigkeit umfaßt beides: den Willen zum Frieden und den Streit für die Menschenrechte.

5.

Klarheit brauchen wir auch in unserem Verhältnis zu den USA. In den USA werden die individuellen Menschenrechte - bei den sozialen/ökonomischen bin ich nicht ganz sicher - so weitgehend geachtet, wie das in einer westlichen Demokratie gemeinhin möglich ist. Bedenklich ist allein die wachsende Zahl von Todesurteilen und Hinrichtungen - eine Strafrechtspraxis, die unseren Vorstellungen widerspricht. Amnesty international hat auf diesen kritischen Punkt wiederholt hingewiesen und zu "urgent actions" aufgerufen.

Weniger günstig fällt das Urteil aus, wenn es um amerikanische Politik außerhalb des eigenen Territoriums geht. So verstößt, nicht nur nach meinem Urteil, die amerikanische Interventionspolitik in Zentralamerika (Nicaragua) gegen Völkerrecht und gemeinsames Strafrecht.

Dabei stehen die USA - genauer: deren Administration - auf Seiten einer Organisation, die allgemeine Menschenrechte massiv verletzt. Das alles kann nicht zweifelhaft sein und wird auch nicht entschuldigt durch wirkliches oder angebliches Fehlverhalten der Sandinistas.

Aus dieser Erkenntnis gilt es, politische Konsequenzen zu ziehen:

- Gegenüber der eigenen Regierung: sie muß, wenn sie es ernst meint, mit der unterschiedslosen Achtung von Menschenrechten, bei der Regierung in Washington auf die Achtung des Völkerrechts und die Respektierung der Menschenrechte auch in Zentralamerika drängen. Tut sie es nicht, entwertet sie den deutschen Einsatz für Demokratie und Menschenrechte und schwächt zugleich die deutsche Stellung im Bündnis.
- Gegenüber der US-Regierung: aus grundsätzlichen (moralischen), aber auch aus bündnispolitischen Gründen; das Bündnis verliert, weil das völkerrechtswidrige Verhalten der Vormacht den inneren Zusammenhalt des Bündnisses und seine politische Außenwirkung schwächt.

Wer diese Position antiamerikanisch nennt, verkennet, daß sie auch in den USA selbst von Politikern, Bürgern und Medien vertreten wird.

Amerika ist - ich wiederhole - eine plurale Gesellschaft mit alten und bewährten Traditionen. Wir Sozialdemokraten nehmen uns das Recht, die Regierung der Vereinigten Staaten daran zu erinnern.

6.

Auf der anderen Seite haben auch wir Sozialdemokraten Anlaß, über unsere Position zu Nicaragua nachzudenken. In einem Satz: Aus der Tatsache allein, daß Nicaragua von den USA bzw. von den Contras angegriffen wird, darf noch nicht gefolgert werden, daß wir alles, was die Sandinistas in Nicaragua tun, gut heißen.

Nun sage ich nicht, daß dies die Position der SPD wäre. Aber es gibt doch Stimmen bei uns, die im Verhältnis zu den Sandinistas allzu unkritisch sind. Wenn es in Nicaragua

qua Menschenrechtsverletzungen gibt, für die die Sandinistas verantwortlich sind, dann muß das doch gesagt werden, und zwar mit gleicher Deutlichkeit wie in anderen Fällen auch.

Nach meiner Einschätzung sind insbesondere folgende Entwicklungen kritisch zu beurteilen:

- Es kommt in Nicaragua immer wieder zu Kurzzeitverhaftungen (zwischen 8 Stunden und mehreren Monaten) von oppositionellen Politikern und Gewerkschaftern; dabei werden den Betroffenen ganz allgemein oppositionelle Aktivitäten vorgeworfen, ohne daß diese Vorwürfe näher konkretisiert werden. Die Behandlung während der Haftzeit ist unakzeptabel und offenbar darauf angelegt, die Betroffenen einzuschüchtern.
- Es gibt in Nicaragua politische Gefangene (Gefangene, die wegen "Subversion" verhaftet bzw. verurteilt worden sind); ihre Zahl liegt bei ca. 2.000. Thomas Borge hat im Sommer dieses Jahres gegenüber Journalisten die Zahl von 1.800 genannt.
- Politisch Gefangene werden vor Sondergerichte gestellt, bei denen politische Einflußnahme jedenfalls nicht auszuschließen ist. Vor der Verurteilung werden die Gefangenen in Sicherheitsgefängnissen festgehalten (häufig für längere Zeit incommunicado), zu denen auswärtige Beobachter (auch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes) keinen Zutritt erhalten.
- Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, daß in den Sicherheitsgefängnissen psychische und physische Folter (Schlagen) angewandt wird.

Das sind - stark zusammengefaßt - die wesentlichen Kritikpunkte, auf die wir bei einer Untersuchung der Menschenrechtslage in Nicaragua gestoßen sind. Darüber gibt es einen umfassenden Bericht, auf den ich verweise.

Worüber ich hier sprechen möchte, das ist die Reaktion auf diesen Bericht, vor allem auf seiten der Linken.

Daß der Bericht auf der rechten Seite der Politik Beifall finden würde, war uns klar. So ist das eben. Wer Bestätigung für seine Vorurteile sucht, der nimmt, was er kriegen kann, um es für seine politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Wer - weil das so ist - darauf verzichtet, die Wahrheit auszusprechen, kapituliert vor der Parteilichkeit.

Folgende Punkte wurden an unserem Bericht kritisiert:

- wir hätten ein verkürztes Menschenrechtsverständnis, weil wir zu sehr abgestellt hätten auf bürgerliche Freiheitsrechte;
- wir hätten uns auf Quellen gestützt, die zweifelhaft seien;
- wir hätten uns einseitig nur mit den Sandinistas beschäftigt, nicht auch mit den Contras;
- wir hätten nicht genügend berücksichtigt, daß das Land von außen angegriffen werde;
- wir hätten wissen müssen, daß ein solcher Bericht den USA in die Hände arbeitet.

Ich will das nicht alles kommentieren; nur drei Bemerkungen:

1. Wir haben den Contra-Terror in Nicaragua nicht untersucht. Das heißt aber nicht, daß wir ihn übersehen hätten. Im Gegenteil, wir sehen ihn so, wie er ist: als grausamen, menschenverachtenden und - mordenden Terror.

2. Wir wissen, daß die Repression, die von der Regierung in Managua ausgeht, wesentlich auch durch die Aggression von außen verursacht ist; sie ist aber nicht allein damit zu erklären.
3. Wir Sozialdemokraten - auch ich - haben wiederholt darauf hingewiesen, daß für uns die individuellen (bürgerlichen), die sozialen und ökonomischen Menschenrechte und das kollektive Recht auf Entwicklung gleichen Rang haben. Für uns ist, so gesehen, Entwicklungspolitik, deren Ziel es ist, die materiellen Verhältnisse für die Menschen in den Ländern der Dritten Welt zu verbessern, konkrete Menschenrechtspolitik. Von diesem Verständnis ausgehend, haben wir auch immer die Bemühungen der Sandinistas um Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen anerkannt. Nur darf der Hinweis auf diese Leistungen der Sandinistas nicht dazu führen, die Fehlentwicklungen im Bereich der individuellen Menschenrechte zu übersehen oder zu verharmlosen. Auch das wäre ein verkürztes Menschenrechtsverständnis.

Wichtig ist für mich aber ein ganz anderer Punkt: Warum wird bei uns so heftig, mit so großer Leidenschaft über Nicaragua gestritten? Überhaupt: Warum Nicaragua? Warum nicht die Indianer in Brasilien? Oder Äthiopien? Oder Osttimor? Auch dort finden Menschenrechtsverletzungen statt; auch dort wäre Hilfe nötig und möglich. Und warum reagiert die deutsche Linke in so besonderer Weise und so ganz anders als zum Beispiel die französische und die spanische Linke, die zumeist sehr viel präziser/objektiver über die Politik der USA und die innere Entwicklung in Nicaragua urteilen?

Ich habe darauf keine abschließende Antwort, jedenfalls keine einheitliche. Allerdings quält mich mehr und mehr

das ungute Gefühl, daß wir am Beispiel Nicaragua unsere eigenen Konflikte austragen und eben deshalb das Nicaragua-Bild manipulieren, verteufeln oder idealisieren. Jeder sucht Argumente, die der eigenen Sympathie oder Antipathie entsprechen.

Das war bei uns, bei Klaus-Henning Rosen und mir, anders. Wir haben unsere Sympathien bewußt beiseite geschoben und ermittelt, wie Staatsanwälte ermitteln. Und dabei ist dann ein Ergebnis herausgekommen, das in das hierzulande übliche Schema nicht paßt. Da so etwas ärgerlich ist, wird flugs der Versuch unternommen, es passend zu machen. Man wird vereinnahmt (von rechts) oder als "Verräter" gebrandmarkt (von links). Die Wahrheit ist bei diesem Versuch nebensächlich, zumal die Wahrheit ganz und gar nicht eindeutig, sondern in höchst ärgerlicher Weise "gebrochen" ist.

Ein bißchen steckt hinter unser aller Nicaragua-Befangenheit das David-Goliath-Syndrom. Dabei weiß jeder, wer Goliath ist. Da gibt es keine Zweifel. Aber bitte, wer ist David?

Diese Frage beschäftigt mich, macht mich stutzig und unsicher, zumal ich schon immer der Auffassung war, daß auch der biblische David nicht nur gerecht ist.

In einem Punkt aber bin ich nach dieser Erfahrung noch sicherer, als ich es zuvor schon war: Wer sich wahrhaftig um Menschenrechtsfragen kümmert, wer zu einem eigenen begründeten Urteil kommen will, muß sich lösen von Sympathien und Antipathien. Und er darf sich nicht beeindrucken lassen von großen Gesten der Empörung und der Zustimmung. Menschenrechtsarbeit ist politische, aber immer auch juristische Arbeit und muß mit dem gleichen Willen zur objektiven Wahrheitsfindung geleistet werden, wie wir ihn bei einem guten Richter erhoffen oder unterstellen.

Wer politisch Partei ergreift, mag dafür gute politische Gründe haben; als objektiver Beobachter für Menschenrechtsfragen scheidet er aus.

7.

Das bringt mich zu meinem letzten Punkt, der auf den ersten Blick alles wieder aufhebt, was ich soeben gesagt habe. Es ist beinahe unmöglich, die Wahrheit herauszufinden und am Ende ist es bei allem Willen zur Objektivität doch immer so, daß wir ein subjektives Urteil fällen.

Ich will das verdeutlichen am Beispiel eines Disputs über Osttimor, an dem ich indirekt beteiligt bin.

Zur Erinnerung: Osttimor ist die östliche Hälfte einer kleinen Insel, die bis 1974/75 zu Portugal gehörte. Nach der sogenannten "Nelkenrevolution" in Portugal wollte sich die alte Kolonialmacht auch aus diesem Restposten ihres kolonialen Imperiums zurückziehen. Über die Frage, an wen die Macht in Osttimor übergehen sollte, gab es politischen Streit, der gewaltsam ausgetragen wurde. Stärkste Kraft war die Fretilin, eine marxistische Gruppierung, die für einen eigenen souveränen Staat plädierte. Gegen sie standen zwei andere Parteien, die, als ihre militärische Unterlegenheit deutlich wurde, die Indonesier zu Hilfe riefen. Indonesien reagierte im Dezember 1975 mit einer militärischen Invasion. Es gibt deutliche Hinweise darauf, daß diese Invasion von den USA und Australien befürwortet worden ist; man wollte - so heißt es - ein ostasiatisches Kuba verhindern.

Die Fretilin ging in die Berge, wo sie sich bis heute hält; und das, obwohl sie von außen keinerlei Unterstützung erhält - wie auch der von Indonesien eingesetzte Gouverneur von Osttimor, Mario Viegas Carrascalao, gegenüber einer Bundestagsdelegation bestätigte.

Nicht über die völkerrechtliche Problematik soll hier gestritten werden; da gibt es auch gar nichts zu streiten: der Einmarsch der indonesischen Truppen war völkerrechtswidrig. Allerdings haben die Portugiesen wenig Grund, sich darüber zu beklagen; denn sie haben die Insel, für die sie während ihrer Kolonialzeit so gut wie nichts getan haben, Hals über Kopf, beinahe fluchtartig verlassen. Im übrigen wird - unter Einschaltung des UN-Generalsekretärs - seit Jahren zwischen Portugal und Indonesien "verhandelt", um die völkerrechtliche Problematik zu bereinigen. Von der Agenda der Vereinten Nationen ist der Tagesordnungspunkt Osttimor gestrichen worden.

Entscheidend ist hier die Frage, ob es in Osttimor Menschenrechtsverletzungen gegeben hat und gibt, und wie hoch die Zahl der Opfer ist.

Von der Gesellschaft für bedrohte Völker, von Christian Solidarity International (Christen in Not), von amnesty international, aber auch in amerikanischen und australischen Berichten wird - weitgehend übereinstimmend - behauptet,

- daß in Osttimor während der Invasion und in den Jahren danach Tausende von Menschen umgekommen sind (Schätzungen schwanken zwischen 100.000 und 200.000);
- daß es bis zum heutigen Tage massive Repressionen von seiten der indonesischen Militärs gibt, nicht nur im unmittelbaren Kampf gegen die Fretilin, sondern auch gegenüber der Zivilbevölkerung. Im Jahresbericht '85 von amnesty international heißt es z.B. in der betont nüchternen Sprache, derer sich amnesty bedient: "amnesty international erklärte am 20. August in einer Stellungnahme an den Sonderausschuß

der Vereinten Nationen für Entkolonialisierung, daß die indonesischen Truppen in Osttimor ständig willkürliche Tötungen nicht an Kampfhandlungen beteiligter Personen begingen und drängte darauf, daß Berichte über solche Tötungen vollständig untersucht und die Untersuchungen von außenstehenden Beobachtern verfolgt werden sollten."

Dagegen behaupten der Journalist Dietrich Strasser, der für das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt schreibt, und die Journalistin Verena Stern - sie ist Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung -, daß es sich bei den Berichten über Völkermord in Osttimor um "eine Mär" (Strasser) handele, die von der Fretilin und ihrem deutschen Propagandisten Klemens Ludwig (Gesellschaft für bedrohte Völker) in die Welt gesetzt worden sei, um den Machtanspruch der Fretilin auf Osttimor auch moralisch zu stützen. Als einer, der Herrn Ludwig auf den Leim gegangen sei, werde auch ich genannt.

Wie Sie wissen, hat eine Bundestagsdelegation unter Leitung von Herrn Dr. Hupka im Februar 1985 Indonesien besucht. Die Delegation hatte als erste europäische Parlamentarierdelegation auch Gelegenheit, Osttimor zu besuchen. Bei diesem Besuch ist die Frage, wieviele Menschen in Osttimor seit der Invasion getötet worden sind, angesprochen worden.

Die Indonesier sprechen von etwa 30.000 Opfern; der Gouverneur von Osttimor nennt im persönlichen Gespräch die Zahl 40.000.

Beide Zahlen erscheinen mir grob untertrieben. Dafür zwei Belege, die sich bei dem Besuch in Osttimor ergeben haben:

- Die Bevölkerung Osttimors wird für 1975 mit 650.000 angegeben. Angesichts des schnellen Bevölkerungs-

wachstums hätte sich diese Zahl bis heute auf mindestens 740.000 erhöhen müssen. Tatsächlich leben in Osttimor heute nur noch knapp 590.000 Menschen. Das ergibt eine Differenz von rd. 150.000.

- In dem östlich von Dili gelegenen Distrikt Liquica leben heute 34.000 Menschen. 1975 waren es, wie uns der Vorsitzende des örtlichen Distriktsrates bei unserem Besuch erklärte, 46.000. Es müßten heute über 50.000 sein. Was ist mit den anderen geschehen? Der Chef des Distriktes antwortet auf meine Frage spontan: "Die sind bei den Auseinandersetzungen getötet worden." Ein anderer interveniert: Einige Familien seien durch eine Distriktreform einem anderen Distrikt zugeschlagen worden oder nach Dili gezogen. Das mag sein, obwohl - auch auf Nachfrage - weitere Zahlen nicht genannt werden. Es bleibt dennoch eine erhebliche Differenz von weit über 10.000; und das in einem (nicht sonderlich heftig umkämpften) von insgesamt 13 Distrikten auf Osttimor.

Ich betone ausdrücklich: Diese Belege und Hinweise sind nicht als absolute Beweise anzusehen. Sie enthalten auch keine Aussage darüber, wer für die Tötungen verantwortlich ist: das indonesische Militär oder die Fretilin. In den Artikeln der beiden genannten Journalisten finden sich unterschiedliche Versionen. Verena Stern schreibt in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 19./20.07. 1986: "Die Indonesier sind zweifellos bei ihrer Invasion Ende 1975 mit Panzern, schwerer Artillerie, Hubschraubern und B-26-Bombern brutal gegen die Osttimoresen vorgegangen, um den Fretilin-Widerstand in möglichst kurzer Zeit zu brechen. Fast die Hälfte der 650.000 Timoresen floh vor den Invasoren in die Berge. Die meisten kehrten erst 1979 halb verhungert und schwer krank in Auffanglager zurück".

In einem Brief an mich findet sich eine etwas andere Version. Es heißt dort: "Als der Fretilin-Gründer Amaral im Sommer 1977 dafür plädierte, die mehr als 100.000 von der Fretilin in die Berge getriebenen Männer, Frauen und Kinder nicht länger mit Waffengewalt zurückzuhalten, weil sie massenhaft an Unterernährung und Krankheiten starben, wurde er "wegen Hochverrat" abgesetzt und selbst, zum Verhungern gefesselt, in einen Bambuskäfig gesperrt. 1979 gelang der Fretilin dann ein beachtlicher Propagandaerfolg: Es war gerade wieder eine Gruppe ausländischer Journalisten auf Osttimor, als die halb verhungerten und von Krankheiten ausgezehrt Menschen von der Fretilin zu Tal getrieben wurden".

Die gleiche Version findet sich in dem Artikel von Dietrich Strasser im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt vom 05. Oktober 1986.

Was - so frage ich mich und Sie - ist die Wahrheit? Die Version der Gesellschaft für bedrohte Völker? Die Berichte von katholischen Priestern, die in Osttimor gearbeitet haben, heute in Portugal leben und - wie zuzugeben ist - den guten alten Zeiten auf Osttimor nachtrauern? Die Berichte aus Australien und den USA? Oder die Version der beiden Journalisten, die die Fretilin beschuldigen, die sich bitter über Herrn Ludwig beklagen und jene kritisieren, die seiner Version zuneigen. Was ist die Wahrheit?

Eine eindeutige Antwort auf diese Frage ist nirgends zu finden. Eine objektive Untersuchung der Vorgänge auf Osttimor hat es niemals gegeben; nur die schon erwähnten Berichte von vielen unterschiedlichen Gruppen und Organisationen. Nimmt man sie alle zusammen, so besteht genügend Anlaß anzunehmen, daß auch die Fretilin in der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich war/ist, weder damals noch heute. Eine Vielzahl von Morden muß auch auf ihre Rechnung gebucht werden. Es spricht aber eine überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür, daß die größere Zahl der Toten

den indonesischen Truppen anzulasten ist, die - sogar nach eigenen Angaben - bei der Invasion brutal zugeschlagen haben. Richtig ist wohl auch, daß ein großer Teil der Bevölkerung verhungert ist, wobei die Frage, wer dafür verantwortlich zu machen sei, offen ist.

Es soll hier nicht bestritten werden, daß die Indonesier sich seit einiger Zeit verstärkt darum bemühen, die von den Portugiesen völlig heruntergewirtschaftete Osthälfte von Timor voranzubringen. Straßen werden gebaut, Plan-
tagen wieder in Betrieb genommen. Die Gesundheitsversorgung wurde verbessert, es gibt ein im weiteren Aufbau befindliches Schulsystem.

Dennoch bleibt auch wahr, daß es in Osttimor noch immer "Zwischenfälle" gibt, die Besorgnis auslösen müssen. Noch immer erreichen uns Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen.

So wurde in einem Bericht von amnesty international von August 1984 über ein Massaker im Dorf Kraras in dem Distrikt Viqueque berichtet: Dort sollen nach einem Fretilin-Angriff, bei dem 16 indonesische Soldaten getötet worden seien, als Vergeltung 200 Zivilpersonen von indonesischen Soldaten ermordet worden sein. Hat es diesen Vorfall gegeben?

Monsignore Belo in Dili bestätigt die Nachricht. Er sei zwar nicht dabei gewesen, habe aber genaue Berichte erhalten und die Kleider der Getöteten gesehen. Bestätigung kommt auch von dem Gouverneur von Osttimor. Er sagt in einem persönlichen Gespräch: Es habe nach dem Überfall der Fretilin vom 16.08.1983 auf "unbewaffnete" indonesische Soldaten Auseinandersetzungen in Viqueque gegeben; dabei seien "viele Menschen" getötet worden.

Ich habe den Gouverneur während unseres Besuches gefragt, wie er sich Berichte über Folterungen und "extralegale

Tötungen" in Osttimor erkläre. Seine Antwort: "Es gibt sie", aber, so fügte er hinzu, sie seien nicht offiziell angeordnet und werden auch nicht geduldet; er selber habe Untersuchungen eingeleitet.

Warum sollte ich den Aussagen des Gouverneurs nicht glauben? Sie bestätigen, was in den Berichten z.B. von amnesty international widergegeben wird. Es gibt keinen Grund, amnesty zu mißtrauen, deren Daten ich mehrfach persönlich - in anderen Ländern - vor Ort überprüfen konnte und immer bestätigt gefunden habe.

Noch eine Bemerkung zu Osttimor: Übereinstimmend wird in den verschiedenen Berichten über Umsiedlungsaktionen in Osttimor berichtet, über die "besondere Behandlung", die Angehörigen von Fretilin-Kämpfern zuteil wird. Sie werden in Schutzhaft genommen, umgesiedelt, z.B. auf die Dili vorgelagerte Insel Atauro. Warum geschieht das? Was sind die Motive? Frau Stern schreibt mir: Können Sie sich im Ernst nicht vorstellen, daß diese Angehörigen von Dorfbewohnern gelyncht wurden, wenn Berichte bekannt wurden, daß Fretilin-Banden wieder einmal ein Dorf überfallen, die Häuser der Bewohner in Brand gesetzt und ihnen die kargen Ernteerträge gestohlen haben?"

Müssen also die Angehörigen der Fretilin-Kämpfer vor ihren Mitbewohnern geschützt werden? Oder soll verhindert werden, daß sie ihren in den Bergen kämpfenden Angehörigen helfen?

Ich weiß es nicht; jedenfalls bin ich nicht völlig sicher. Die Menschen, mit denen wir im Lager Atauro gesprochen haben - sie leben dort teilweise seit über fünf Jahren - erklärten übereinstimmend: man habe sie ohne Erklärung abgeholt und auf die Insel gebracht. Sie wüßten nicht, warum sie hier wären. Weil sie Angehörige in den Bergen hätten, sagten einige. Alle wollten zurück in ihre Dörfer.

Wer sich um Menschenrechtsfragen kümmert, muß sich freimachen von Vorurteilen. Ich versuche das, soweit ich es kann. In diesem Fall bin ich - wie ich gestehe - einigermaßen sicher in meinem Urteil, aber eben nur "einigermaßen". Denn ich weiß: es gibt verschiedene Versionen und Berichte, und wer will entscheiden, in welchem Bericht die Wahrheit steht. Für mein Urteil in diesem Fall ist folgender Gesichtspunkt wichtig: Wenn - wie behauptet wird - die Fretilin an allem Unglück schuld ist, warum lassen dann die Indonesier nicht mehr ausländische Besucher - Journalisten, Parlamentarier, Menschenrechtsorganisationen, wie z.B. amnesty international - ins Land, um ihre Wahrheit für jedermann sichtbar werden zu lassen? Warum ist Osttimor noch immer so schwer zugänglich? Sollen die Besucher geschützt werden oder will die indonesische Regierung verhindern, daß auswärtige Beobachter die wirkliche Wahrheit herausfinden?

Die Delegation des Deutschen Bundestages hielt es jedenfalls am Ende ihres Besuches für richtig, der indonesischen Regierung vorzuschlagen, Osttimor für internationale Organisationen, vor allem für das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, Politiker und Journalisten zu öffnen, damit die Öffentlichkeit sich ein eigenes Bild machen könne. Solange dies nicht geschieht, ist Mißtrauen angebracht.

8.

Hier breche ich ab, obwohl es weitere gewichtige Probleme gibt, über die zu reden wäre: die unterschiedlichen Menschenrechtsdefinitionen und die mühseligen Versuche, das internationale Regelwerk zu verbessern.

Nur ein Aspekt soll noch erwähnt werden. Menschenrechtsverletzungen gibt/gab es schon immer und in allen Teilen der Welt, auch bei uns; in besonders krasser/perfekter

Form zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Das dürfen wir nie vergessen.

Aber auch heute haben wir Anlaß zur Wachsamkeit, auch im eigenen Land. Dabei geht es nicht nur um Gerichtsverfahren gegen Kriegsdienstverweigerer, von denen amnesty international auch in seinem jüngsten Jahresbericht spricht; oder um die Behandlung von Terroristen in deutschen Gefängnissen. Zu reden wäre auch über einige Begleiterscheinungen der sogenannten Extremistenpraxis und über die Behandlung von Ausländern und Asylbewerbern.

Ein Beispiel möchte ich auch hier erwähnen: Für die türkische Regierung gibt es bekanntlich keine Kurden. Aber es gibt sie. Auch in der Bundesrepublik. Vor allem die kurdischen Frauen, die in der Bundesrepublik leben, sprechen kaum türkisch, können daher die vielen für Türken gedruckten Hilfen nicht lesen, leben weitgehend isoliert. Versuche, hier grundsätzlich Abhilfe zu schaffen, scheiterten, weil die Bundesregierung aus außenpolitischen Rücksichten den Standpunkt der türkischen Regierung übernommen hat: es handele sich - wie mir von den zuständigen deutschen Ministerien mitgeteilt wurde - um türkische Staatsbürger.

Der Vollständigkeit halber soll in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß die türkische Regierung sich bitter über die Zwangsbulgarisierung der türkischen Minderheit in Bulgarien beklagt. Wir Sozialdemokraten haben sie darin unterstützt. Die Bundesregierung hat auf Anfrage von Sozialdemokraten ausweichend geantwortet.

So geht das in der praktischen Menschenrechtspolitik: es überwiegen die Probleme. Die Wahrheit wird verborgen

- durch Instrumentalisierung,
- mit Rücksicht auf andere außenpolitische Ziele,
- aus Sympathie,

oder sie geht im Streit verloren.

Das wollte ich darstellen.

Fußnoten:

- 1) L 80 Heft 36 (1986)
- 2) s. dazu FAZ v. 7.11.86